Stadtzeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

Nr. 34 – Oktober 1973

blick punkt

Müllskandal in Hessen – wer ist die Giftmafia?

Ein Verbrechen ohne Beispiel beschäftigt die Bevölkerung unseres Landes. Seit dem 21. September 1973 weiß man: Mindestens 13.000 Tonnen Gift – Cyanid, Arsen, Benzol und andere Chemikalien – wurden in ganz Südhessen in die Erde versenkt. Jeden Tag kann praktisch aus jedem Ort die Schreckensnachricht kommen: Trinkwasser verseucht! Die Fachleute sehen die Gefahr gegeben, daß alles Trinkwasser Südhessens ungenießbar werden kann. Die Bevölkerung fragt:
Wer sind die Schuldigen? Wo sitzt die Gift-Mafia?
Das Verbrechen, das in Hessen aufgedeckt worden ist, wurde und wird überall in der Bundesrepublik begangen. Überall produzieren die großen Konzerne giftigen Abfall. Sie kümmern sich aber nicht darum, ihn unschädlich zu machen. Das bringt schließlich keinen Gewinn!

Die Plaumänner sind austauschbar

Im August 1973 verhaftete die Kripo den Fuhrunternehmer Siegfried Plaumann, Inhaber der Plaumann KG, Hanau. „Boß einer Mafia", so nannte ihn der Hessische Rundfunk, und auch Hessens ehemaliger „Umwelt-Minister" Best formulierte: „Offensichtlich ein Krimineller." Und da Plaumann nachzuweisen ist, daß er mehr als zehntausend Tonnen gefährlichster Gifte bei Nacht und Nebel und nach Inkrafttreten des hessischen „Abfallbeseitigungsgesetzes" wild in die Gegend gekippt hat, ist er mit Sicherheit gut für ein paar Jahre Knast. Nicht auf der Anklagebank sitzen allerdings die Verursacher. Die Farbwerke Hoechst, die Degussa und alle die anderen Chemiekonzerne produzieren weiter Gift, und es gibt für sie weiter keine Verpflichtung, es schadlos zu beseitigen. Und sie werden andere Plaumänner finden, die den Konzerndreck so oder so der Bevölkerung vor die Füße kippen.

Der Minister winkte ab

Im August 1971 hatte die Bochumer DKP und die UZ (Zeitung der DKP) auf Grund verläßlicher Informationen die Lagerung von 2.500 Tonnen Natrium-Cyanid des Degussa-Konzerns auf der ▷

Unverschämt

**Die Müllabfuhrgebühr beträgt in Mörfelden 20,– DM pro Mülltonne und Jahr.
Eine vierköpfige Familie kann mit einer Tonne auskommen.
Jetzt sollen die Gebühren erhöht werden. Man will einen Pro-Kopf-Preis von 27,50 DM im Jahr einführen.
Das heißt, eine vierköpfige Familie, die seither 20,– DM bezahlen mußte, soll jetzt 110,– DM hinblättern. Das ist eine Erhöhung um 450 Prozent und eine Unverschämtheit.**

Hoechste Zeit für uns!

Eine Veranstaltung der DKP zur Umweltzerstörung und was wir dagegen tun müssen.

Es wirken mit:

Christiane und Frederic,
Frankfurter und Marburger Songgruppe
Erich Schaffner und andere

Donnerstag, den 25. Oktober 1973, um 20.00 Uhr
im Volksbildungsheim Frankfurt, am Eschenheimer Turm

▽ Müllkippe von Bochum-Gerthe an die Öffentlichkeit gezogen. Als die DKP Hinweise gab, daß noch an vielen anderen Stellen in NRW und Hessen Degussa-Gift vergraben sei, nahm sich sogar Bundesinnenminister Genscher der Sache an. Allerdings so, daß er die DKP der „Unruhestiftung" bezichtigte.
Als im September 1972 die Hanauer DKP die Bevölkerung mit der Nachricht alarmierte, große Mengen Degussa-Cyanid seien auf Müllkippen aufgetaucht, winkte der jetzt „gegangene" Umweltschutzminister nur ab. Hanaus Oberbürgermeister Martin glaubte, die DKP-Enthüllungen in der Presse „entkräften" zu müssen.
Es bestätigt sich auch hier: Der Antikommunismus macht blind. Lieber Gesundheit und Leben der Bevölkerung aufs Spiel setzen, als einem wichtigen Hinweis der DKP folgen, das war die Devise aus Wiesbaden.

Die Heuchelei der CDU

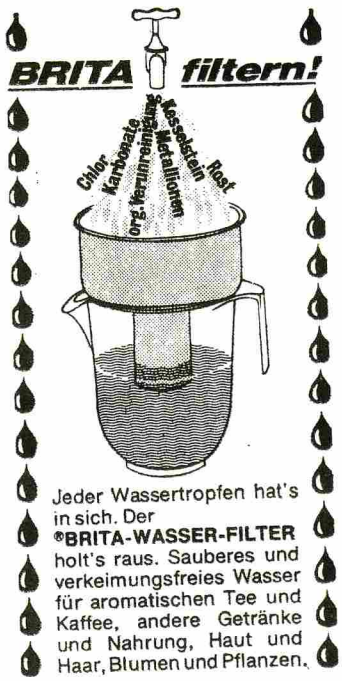
Auch die CDU hat sich im Giftmüllskandal exponiert. Sie versucht sich als Umweltschützerin darzustellen. Das ist pure Demagogie!
20 Jahre lang haben die CDU/CSU-Regierungen im Interesse der Konzerne vorsätzlich die Gefährdung der Umwelt zugelassen. 20 Jahre lang haben sie von Wissenschaft und Forschung längst erkannte katastrophale Folgen totgeschwiegen, die von der Technik bereitgestellten Lösungsmöglichkeiten beiseite geschoben. 20 Jahre lang haben sie mit ihren Gesetzen die schrankenlose Profitmacherei der Großindustrie auf Kosten der Gesundheit von Millionen ermöglicht.
Die CDU/CSU ist es, die gegen eine wirksame Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben Sturm läuft. Aber gerade eine echte Mitbestimmung wäre eine Möglichkeit, die Umweltverschmutzung der Konzerne zu bremsen.

Endlich Konsequenzen ziehen

Die Konsequenzen aus dem Giftverbrechen der Konzern-Mafia kann nicht nur die Bestrafung ihres Werkzeugs sein. Als erstes müssen gesetzliche Handhaben her, um sie zur Unschädlichmachung der Giftrückstände auf Kosten ihrer Profite zu zwingen. Dies wiederum ist nicht möglich, ohne weitgehende Kontrollbefugnisse der Belegschaften und der gewählten Organe der Bevölkerung. Die unübersehbare Gefahr, die durch die Profitgier der Chemie-Bosse über ganz Südhessen und weitere Gebiete heraufbeschworen worden ist, erfordert jedoch weitgehende Konsequenzen. Wer solche Produktivkräfte nur für seinen Profit und gegen die Interessen der Allgemeinheit verwendet, hat das Recht verwirkt, über sie zu bestimmen. Erst wenn die großen Konzerne in Gemeineigentum überführt sind, wird die Bevölkerung vor der Giftmafia sicher sein. rh

Anfrage der DKP

In der „Frankfurter Rundschau" vom 28.9.73 wurden einige der ca. 100 Verursacher des letzten Giftskandals, die ihren gefährlichen Abfall der Firma Plaumann überließen, beim Namen genannt. Hierzu gehörte auch die Firma Technochemie von der 1179 cbm chem. Abw. (z.B. Salzsäure, Schwefelsäure, Ammoniak, Essigsäure), 757 cbm Lösungsmittel (z.B. Aceton, Alkohol, Toluol, Benzol, Brom, Cyan) und andere Gifte auf den verschiedenen Müllkippen verstreut wurden.
In Mörfelden befindet sich seit einigen Jahren ein Zweigbetrieb dieses Unternehmens. Ist bekannt, ob auch dort Giftmüll anfällt?
Wir halten es auf jeden Fall für notwendig, daß die Stadt Mörfelden die ansässigen Industrie- und Gewerbebetriebe auf Beseitigungsmöglichkeiten, aber auch auf die Gefahren, die solche Abfälle bei nicht ordnungsgemäßem Beseitigen mit sich bringen, aufmerksam macht.
Auf einen weiteren Vorfall möchten wir in diesem Zusammenhang aufmerksam machen.
Wir wissen, daß in der Vergangenheit auch in Mörfelden an der Kiesgrube beim Müllplatz, Tankwagen eine helle Flüssigkeit abgelassen haben. Bei einer Besichtigung am Tage des Bekanntwerdens des Müllskandals erklärte uns der Müllplatzwärter, daß es sich um Kalk- und Zementbrühe vom U-Bahnbau in Frankfurt handelt.
Mißtrauisch wurden wir dieser Tage, als durch die Presse ging, daß auch arsenhaltige Kalkschlämme wild abgeladen wurden. Ist man dieser Sache nachgegangen?
Auch unser Trinkwasser ist gefährdet. Des weiteren können schon geringe Mengen von schädlichen Stoffen, wenn sie in die Kanalisation geleitet werden, in Zukunft unsere biologische Kläranlage außer Kraft setzen.
Die Gefahr der Verseuchung unserer Umwelt ist groß. Nur durch die Wachsamkeit und Kontrollbefugnis aller gewählten Organe sowie der Belegschaften kann in Zukunft Schlimmeres verhindert werden.



So einfach ist das. Erst gefährden die großen Konzerne unser Trinkwasser, dann bietet man uns Filter an (siehe Zeitungsanzeige), um den Dreck wieder rauszuholen. Sicher werden sie uns auch noch Apparate vorführen, um Arsen und Nervengifte rauszufiltern. Immer nach dem Motto: Hauptsache der Profit stimmt!

„Alarm in Südhessen: Vorsicht Gift!" — das ist nicht eine der vielen Schlagzeilen aus der Presse unserer Tage — nein, sondern so machte

Fritz Seibert, Autor des Taschenbuches
„Profit kontra Lebensqualität"
(128 Seiten, 5,– DM)

schon vor Wochen die Öffentlichkeit auf die „jetzt erst entdeckten" Gefahren durch die Ablagerung von Gift im südhessischen Raum aufmerksam.

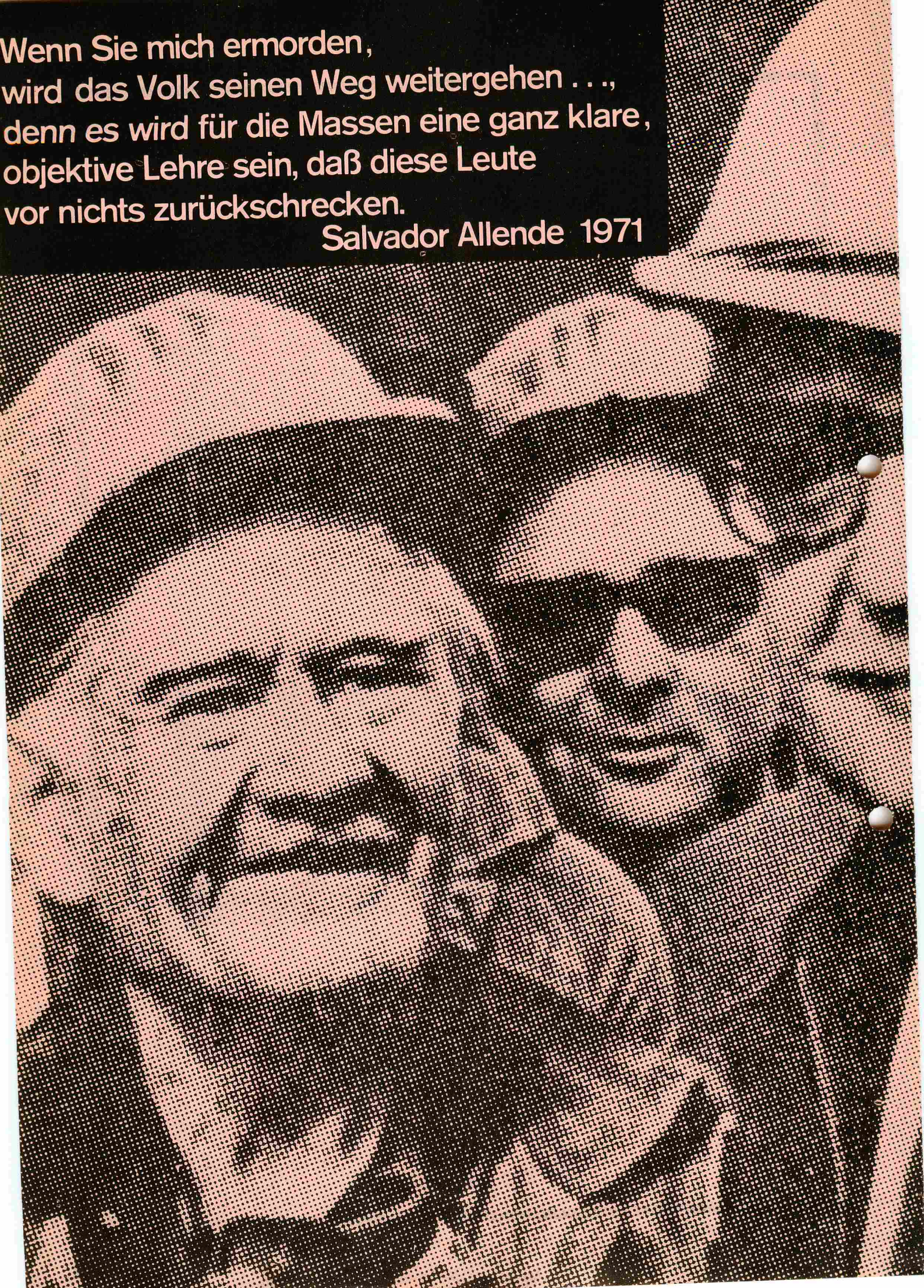
Bestellungen über den Buchhandel oder beim Verlag Marxistische Blätter GmbH, 6 Frankfurt/M. 50, Heddernheimer Landstraße 78a, Tel.: 0611/571051.

Karl Marx, der Begründer der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, führt in seinem Hauptwerk „Das Kapital" diesen Satz an:

„Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert . . ." Diese Charakteristik gilt bis zum heutigen Tage, der Beweis:

Chile

bp-poster


Wenn Sie mich ermorden,
wird das Volk seinen Weg weitergehen . . .,
denn es wird für die Massen eine ganz klare,
objektive Lehre sein, daß diese Leute
vor nichts zurückschrecken.
Salvador Allende 1971

Freiheit für Chile!

In Chile hat eine faschistische Militärclique im Bunde mit den Monopolen des US-Imperialismus die verfassungsmäßige Regierung der Unidad Popular gestürzt. Der Putsch begann mit dem Mord an Präsident Allende. Seitdem vergeht kein Tag ohne Verbrechen am chilenischen Volk.
Neben dem ermordeten Präsidenten, Salvador Allende, ist der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Luis Corvalan, gemeinsam mit dem Führer der Sozialisten, Altamirano, einer der Repräsentanten der Unidad Popular. Die chilenischen Arbeiter haben ihn als Senator in das Parlament gewählt. Wie Präsident Allende bis zu seiner Ermordung, so steht Luis Corvalan auf dem Boden der chilenischen Verfassung und kämpft für die Interessen der Arbeiterklasse.
Jetzt ist sein Leben in höchster Gefahr. Er befindt sich, wie Tausende Anhänger der Unidad Popular, in den Händen der Mörder von Präsident Allende. Sein Leben und das aller mit dem Tode bedrohten Demokraten in Chile, hängt von der internationalen Protest- und Solidaritätsbewegung ab.
Darum rufen wir die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben, die Jugend, Frauen und Mütter auf:

Übt Solidarität mit dem Volk von Chile!
Es muß Schluß sein mit dem Mordterror!
Schluß mit den Folterungen der eingekerkerten Demokraten!

Jetzt gilt es, Freiheit und Demokratie in Wort und Tat zu vertreten. Die Schatten der faschistischen Vergangenheit in Deutschland steigen angesichts der grauenhaften Verbrechen in Chile wieder auf. Auschwitz, Buchenwald und Dachau liegen in diesen Tagen in Chile. Darum wenden wir uns an alle Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen, und fordern sie auf, die Lehren der faschistischen Vergangenheit in Deutschland zu beherzigen, deren wichtigste heißt: Gemeinsam handeln gegen den Faschismus, wo immer er sich zeigt! Jetzt braucht das chilenische Volk unsere Hilfe!
Wo es um Freiheit und Demokratie geht, kann man nicht schweigen – dafür muß man reden und kämpfen! Auch in der UN-Vollversammlung erheben sich machtvolle Stimmen der Solidarität und des Protestes. Darum fordern wir von Bundeskanzler Brandt, jetzt seine Stimme für das Leben von Luis Corvalan und alle Demokraten in Chile laut zu erheben.
Keine Unterstützung für die Mörder des Volkes in Chile durch die Bundesregierung! Keine Anerkennung des faschistischen Regimes – keine Kredite für die Putschisten! Leistet materielle Hilfe für das Chile der Unidad Popular!

Beitrag des Großkapitals zur „Normalisierung" in Chile:

FAZ 21.9.73

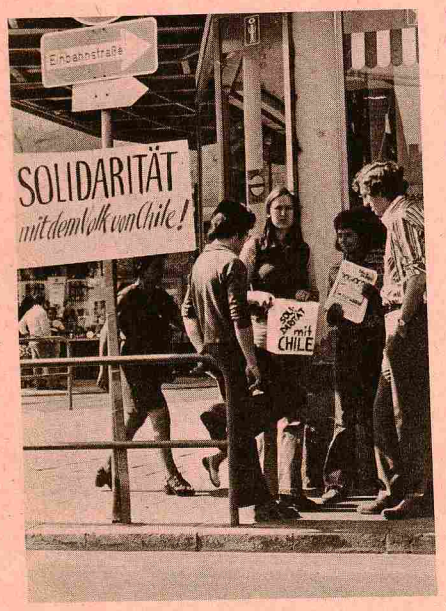
Chile: Jetzt investieren!

Zur Neuankurbelung aller Wirtschaftszweige bieten sich außergewöhnliche Möglichkeiten, ebenso auf dem Immobilien-Sektor. Gesucht wird Kapital u. Know-how. Wir bieten Koordinierung über das seit 25 Jahren bestehende Büro unseres Partners in Santiago. Unser Partner ist hier u. reist in Kürze nach Chile zurück. Anfragen an:

Rückert VDM, 8022 Gründwald b. München, Primelweg 5
Tel. 08 11 / 6 41 18 55

CDU und Chile

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Prof. Carstens, kommentierte den Putsch in Chile mit den Worten: „Demokratie und Marxismus sind eben nicht vereinbar."
Allende wurde demokratisch gewählt. Während seiner Regierungszeit hielt er sich an die chilenische Verfassung. Die faschistischen Generale brachen die Verfassung, putschten und errichteten eine Diktatur.
Für CDU-Carstens ist eine Militärdiktatur wohl demokratischer als ein verfassungstreuer Marxist. Das ist bezeichnend für das Demokratieverständnis dieser Partei.



Solidarität mit dem Volk von Chile

Sofort nach dem Putsch informierten SDAJ und DKP die Bevölkerung über die Verbrechen der faschistischen Junta.
Auf dem Rathausplatz wurden Flugblätter verteilt und Solidaritätsspenden gesammelt.
Wir bitten alle Mörfelder: Spendet auf das Konto: Prof. Erich Wulff, Postscheckamt Ffm., Konto-Nr. 527055 – 602, Kennwort „Chile-Solidarität".
In eindrucksvoller Weise demonstrierten Jugendliche der „Volksbühne „Mörfelden gegen die Putschgenerale. In einer gespielten Szene wurde mit einer „Hinrichtung" auf dem „Dalles" chilenische Gegenwart gezeigt. Vorgelesene Zeitungsausschnitte forderten Nachdenken und Solidarität.

Sind Käuferstreiks ein wirksames Mittel ?

Die wirklichen Preis- und Profittreiber treffen

„Runter mit den Preisen – kämpfen Sie mit uns, schließen Sie sich uns an!" Das konnte man kürzlich auf den Plakaten Dortmunder Hausfrauen lesen. Es spricht für die Frauen, daß sie aktiv werden und gegen die unverschämten Preissteigerungen vorgehen wollen. Vielleicht gelingt es auch hier und dort auf diese Art und Weise die Kotelett- und Filetpreise von ihrem Gipfel zu holen. Ein Ausweg auf Dauer gegen die horrende Preistreiberei ist es nicht, wenngleich Hausfrauenverbände und sogenannte Verbraucherexperten weismachen wollen, die Frauen hätten die Beeinflussung der Preise ganz allein in der Hand. Komisch, ausgerechnet Minister, die fleißig die Hand dafür heben, wenn es um Gebühren-, Tarif- und Preiserhöhungen der öffentlichen Hand geht, sind plötzlich des Lobes voll, über den Fleischboykott. Man hat ein Ventil gefunden für den wachsenden Unmut der Verbraucher über die Preispolitik. Ein Ventil, das den Fleischern ein bißchen Wind ins Gesicht bläst, aber die wirklichen Preis- und Profitmacher, die großen Wirtschaftskonzerne weiterhin ihre Riesenextraprofite aus Preissteigerungen abschöpfen läßt.

Gegen drastische Mieterhöhungen, im sozialen Wohnungsbau stiegen sie teilweise seit 1969 bis heute bis zu 130 Prozent, gegen Steuer-, Versicherungs-, Kohle-, Heizöl-, Strom- und viele andere Erhöhungen hilft kein Käuferstreik. Heißt das, daß die vielen Frauen, die am deutlichsten am Haushaltsgeld spüren, wie der Lebensstandard ihrer Familie gedrückt wird, daß diese Frauen nichts tun können? Keineswegs. Es gibt andere Aktivitäten, die genau ins Schwarze treffen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Angestellten vieler Betriebe, die Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen fordern und sie in Streiks und anderen Aktionen durchsetzen, haben das erkannt. Immer mehr Frauen ziehen hier mit ihren Männern an einem Strick, weil deutlich geworden ist, daß Solidarität die Bosse in die Knie zwingt.

Teuerungszulagen sind notwendig, damit der Lebensstandard der Arbeiter- und Angestelltenfamilien nicht noch weiter absinkt.

Käuferstreik bedeutet, daß ausgerechnet diejenigen, die alle Werte schaffen, freiwillig auf bestimmte, für sie notwendige Güter oder Lebensmittel verzichten sollen. Kann das der Ausweg sein? Nein, zum Verzicht müssen diejenigen gezwungen werden, die seit Jahren die Sahne abgeschöpft haben von der unsozialen Preispolitik. Das sind die Großkonzerne. Ihnen gilt es durch aktive Lohnpolitik ihre Inflationsgewinne zu nehmen. Freilich werden die Frauen, die den Lohnkampf ihrer Männer unterstützen, kaum mit einer öffentlichen Belobigung rechnen können. Aber darauf können sie sicher eher verzichten als auf Fleisch, Butter und Milch.

Der Imker stellt den Bienen einen Bienenstock zur Verfügung
Der Kapitalist stellt den Arbeitern eine Fabrik zur Verfügung

Die Bienen sammeln den ganzen Tag Honig
die Arbeiter stellen den ganzen Tag Produkte her

Der Imker nimmt den Bienen den Honig weg
der Kapitalist nimmt den Arbeitern die Produkte weg

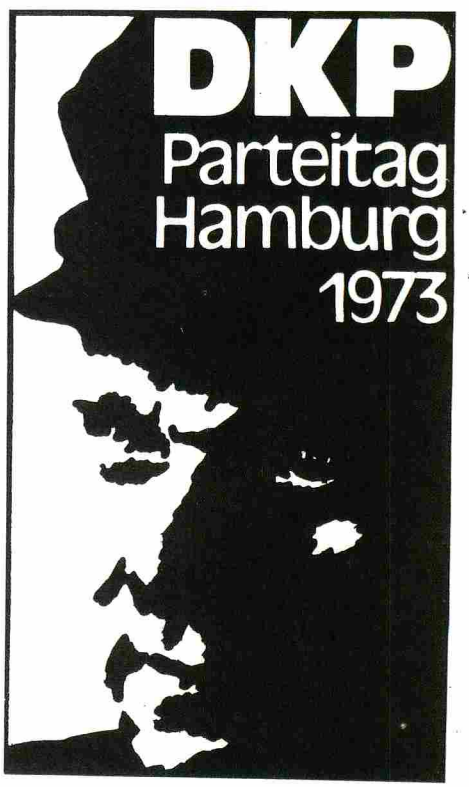
Der Imker gibt den Bienen Zucker dafür
der Kapitalist gibt den Arbeitern Lohn dafür

Der Honig ist mehr Wert als der Zucker
die Produkte sind mehr wert als der Lohn

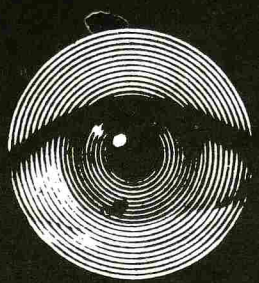
Der Imker steckt den Mehrwert in seine Tasche
der Kapitalist steckt den Mehrwert in seine Tasche

Der Imker beutet die Bienen aus.

Aus: Floh de Cologne "Lucky Streik"



BLICKPUNKT KOMMUNAL



Verkehrsregelung durch Ampeln am Rathausplatz

Seit einiger Zeit sind die Ampeln am Rathausplatz in Betrieb. Wir mußten jedoch feststellen und wurden auch von einigen Bürgern darauf aufmerksam gemacht, daß die Regelung nicht ganz ungefährlich ist. Wenn die Verkehrsteilnehmer, die aus der Langgasse kommen, das Zeichen „grün" haben, ist gleichzeitig den Fahrern aus dem Steinweg „grün" gegeben. Letzteren ist durch die besondere Lage des Steinwegs nicht bewußt, daß sie beim Einbiegen in die Langener Straße Linksabbieger sind, und somit gegenüber den Fahrern, die aus der Langgasse in die Bahnhofstraße wollen, die Wartepflicht haben.
Unser Vorschlag wäre, die Ampeln so zu steuern, daß sie für den Steinweg für kurze Zeit alleine „grün" anzeigen.

Bahnunterführung Ringstraße

Seitdem auch mit dem Bau des Viaduktes Westendstraße begonnen wurde, herrschen zeitweise im Bereich der Unterführung Ringstraße katastrophale Verhältnisse.
Nunmehr ist dieses Nadelöhr die einzige Verbindung zwischen den westlich und östlich der Bahn gelegenen Ortsteilen. Dazu kommt noch der Baustellenverkehr zum Neubaugebiet und nicht zuletzt die vielen Kinder auf dem Schulweg.

Wir halten es für dringend erforderlich, darauf zu dringen, daß die Bauarbeiten in der Westendstraße beschleunigt werden. Eine Sperrung von Oktober '73 bis April '74 ist unzumutbar.

Warum wurde nicht der Umbau der Unterführung Ringstraße zuerst fertiggestellt, bevor man in der Westendstraße begann?

Zieht sich die Fertigstellung der einzelnen, durch den gleichzeitigen Beginn von drei Unterführungen, nicht unnötig hinaus?

Mittelstreifen

Von Walldorfer und auch Mörfelder Bürgern wurden wir darauf hingewiesen, daß die Straße von Mörfelden zur Gesamtschule in schlechterem Zustand sei, als der Teil von Walldorf zur Schule. Außerdem hätte der Walldorfer Teil einen Mittelstreifen und das Mörfelder Stück nicht.
Dieser Mittelstreifen ist aber bei Nebel eine gute Orientierungshilfe.

Unser Vorschlag:
Ziehen des Mittelstreifens und Straßenbesserung noch im Herbst '73 vornehmen.

Zur Diskussion gestellt

Verkehrsspiegel in der Westend Westendstraße

Die Westendstraße wird leider auch in Zukunft noch eine sehr verkehrsreiche Straße sein. Um die Unfallgefahr an den Einmündungen der Seitenstraßen abzuschwächen, halten wir das Installieren von Verkehrsspiegeln für sinnvoll. Die Erfahrung zeigt, daß Fahrer, die aus den Seitenstraßen kommen, sehr weit vorfahren, um den Verkehr auf der Westendstraße beobachten zu können. Durch die Enge der Verhältnisse ist ein Ausweichen oft unmöglich und es sind an diesen Stellen schon oft Unfälle passiert.

Unser Vorschlag:
An der Ecke Mühlstraße — Westendstraße sollte als Versuch ein Verkehrsspiegel aufgestellt werden. Bei Erfolg wird dies auch an den übrigen Seitenstraßen fortgesetzt.

Vorfahrt in der Berliner Straße

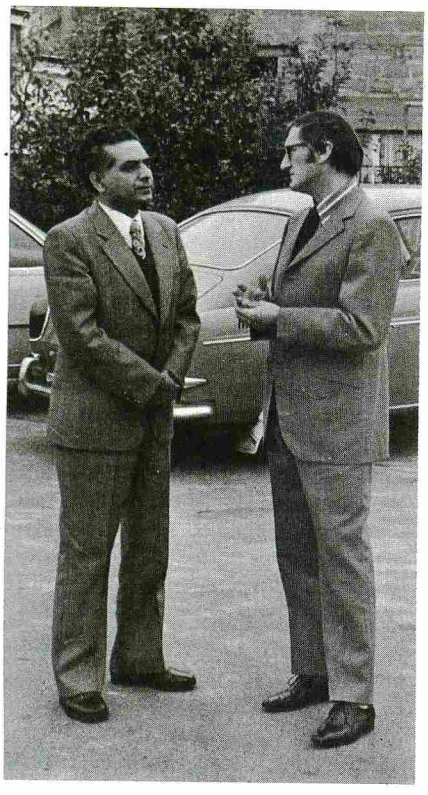
Durch die Verlängerung der Gundhofstraße über die Berliner Straße hinaus ins Neubaugebiet ist hier eine neue Kreuzung entstanden. Bisher mündeten in die Berliner Straße nur vom Süden her fünf Straßen ein, so daß man nach Westen hier durchfahren konnte und nur in Richtung Ost, „Rechts vor Links" beachten mußte.
Jetzt, wo die Gundhofstraße nicht mehr nur einmündet, sondern kreuzt, ergibt sich ein neuer Gefahrenpunkt, speziell für „Gewohnheitsfahrer". Man sollte die Berliner Straße zur Vorfahrtsstraße erheben und längerfristig für diese Kreuzung sogar eine Ampel einplanen.

Achtung, Kinder!

Der Straßenverkehr hat sich mittlerweile so entwickelt, daß es auch in den kleinen Gassen der Altstadt zu Problemen kommt.
In der Kirchgasse zum Beispiel stehen und fahren oft weit über 20 Autos. Das ist bedenklich, denn in dieser engen kleinen Gasse befindet sich der evangelische Kindergarten. Viermal am Tag kommen und gehen die kleinen Kinder, oft ohne Begleitung Erwachsener.
Die Situation wird noch dadurch verschlimmert, daß ein neues Unternehmen, die ELTA-Elektroanlagen, in der Kirchgasse eröffnet wurde. Natürlich wird diese Firma mit Lkws beliefert und oft mit Pkw angesteuert.
Wir schlagen deshalb vor, ein deutliches Warnschild „Achtung Kinder" an beiden Ausgängen der Kirchgasse anzubringen, um ortsfremde Fahrer zur verstärkten Vorsicht anzuhalten.
Darüber hinaus sollte man sich überlegen, ob die ELTA nicht ins Gewerbegebiet ausgesiedelt werden kann, zumal die Enge der Kirchgasse sicher auch für die Firma ein Nachteil ist.

Schlangenloch

Die Proteste hatten Erfolg. Mehrmals forderten wir im „blickpunkt" und im Stadtparlament, daß die gefährlichen Kurven am Schlangenloch entschärft werden. Jetzt wurden reflektierende Schilder aufgestellt, die besonders nachts gut vor den gefährlichen Kurven warnen. Hoffentlich hilft's!



Besuch aus Indien

Das Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Indiens, Szavada Mitra, war Gast der DKP in Mörfelden. Es fand ein umfangreicher Erfahrungsaustausch statt. (Unser Bild: Szavada Mitra und Stadtverordneter Heinz Hechler)

„Kurt – da sind wir einer Meinung!"

Kurt Bachmann, unser Bürgermeister, meinte vor einem Jahr zur Fusion Mörfelden-Walldorf: „Inwieweit aber letztlich die Kooperation geht, muß der Bürger entscheiden."
Im „Dalles", Okt. '73, schreibt er, nur eine freiwillige Fusion käme für ihn in Frage.
Da sind wir genau einer Meinung. Im Programm der DKP-Mörfelden heißt es: „. . . ohne demokratische Abstimmung der Bevölkerung darf keine Zusammenlegung erfolgen."
Wir meinen: wenn Fusion, dann nur, wenn es die Mehrheit der Einwohnerschaft will. Deshalb fordern wir eine Bürgerbefragung über die Fusion und den Mehrzweckpflichtverband.

Es ist mit Unkosten verbunden, eine solche Zeitung herauszubringen. Sie können über den Herausgeber, die Verteiler oder jedes Ihnen bekannte Mitglied der DKP einen finanziellen Beitrag dazu leisten.

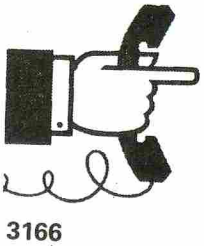
Rückzuggefechte

Wenn man sich all die Reden und Meinungen, die Resolutionen und Flugschriften, die gegen den geplanten Mehrzweckpflichtverband verfaßt wurden, vor Augen hält, könnte man meinen, alle Parteien der betroffenen Städte hätten diesem Gebilde ernsthaft den Kampf angesagt.
Aber in der letzten Zeit kommen da dem kritischen Beobachter manchmal Zweifel und es entsteht der Eindruck, als sei so mancher „Kämpfer" nur mit halbem Herzen dabei.
Wir sagen, mit Entschließungen und Resolutionen der Stadtverordneten ist es nicht getan. Auf die gewählten Vertreter aller Parteien im Landtag ist kein Verlaß. Eine Bürgerversammlung kann nur der Anfang einer wirklichen Protestbewegung sein.

Um eine breite Bewegung ins Leben zu rufen, forderten die Mörfelder Kommunisten, daß der Aktionsausschuß gegen den MZPV öffentlich tagt und die örtlichen Vereine und Organisationen sowie der DGB hierzu eingeladen werden.
Aber wie schleppend wurde das alles gehandhabt. Es mußten erst noch zwei wichtige Sitzungen vergehen, in denen die DKP vorstellig wurde, ehe man die größte Organisation der Mörfelder und Walldorfer Arbeiter, das DGB-Ortskartell, einlud.
Jetzt muß die Befragung der Bürger zum geplanten MZPV gründlich vorbereitet werden. Eine klare Entscheidung der Mörfelder und Walldorfer Bevölkerung gegen die Pläne aus Wiesbaden und Frankfurt wird nicht ungehört bleiben. Aber die Bürger werden nicht aufgeschreckt und mitgerissen im Kampf, durch lauwarme Äußerungen einiger Vertreter von CDU und SPD.
Wenn der Walldorfer CDU-Vertreter ung das Frankfurter CDU-Stadtkreismodell als das kleinere Übel sieht und die Mörfelder SPD-Vertreter Öser und Arndt meinen: „Wenn Mörfelden und Walldorf – dann der ganze Kreis Groß-Gerau in den MZPV", dann sind das offensichtlich die ersten Rückzuggefechte.

H.H.

Alle vier Wochen findet man die DKP-Mörfelden auf dem „Dalles". Junge Leute verteilen hier den neuesten „blickpunkt", diskutieren mit den Einwohnern. Die DKP-Stadtverordneten stehen Rede und Antwort. Manche Frage konnte hier schon geklärt werden, manches Problem wurde gelöst. Wir bitten unsere Leser: Besucht uns mal auf dem Rathausplatz. Weitere Informationen über die DKP-Mörfelden gibt es bei: Rudolf Dötsch, Schumannstraße 3, Telefon 31 66.



Hier finden Sie die DKP:

3166 Rudolf Dötsch
3335 Heinz Hechler
3322 Sofie Haag
2362 Rudi Hechler

Antikommunismus

Artikel 18 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland lautet:
„Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere der Pressefreiheit, der Lehrfreiheit, der Versammlungsfreiheit, der Vereinigungsfreiheit, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, das Eigentum oder das Asylrecht zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, **verwirkt diese Grundrechte.**"
Die Gesetzgebung der Sowjetunion besitzt ebenfalls solche Bestimmungen. Nach § 190-1 des Strafgesetzbuches der RSFSR wird z.B. die „Verbreitung von vorsätzlichen betrügerischen Erfindungen, die die Staats- und Gesellschaftsordnung der Sowjetunion verleumden" bestraft.
Was ist also von einem Mann zu halten, der folgendes schreibt: „. . . aus von mir unabhängigen Gründen war ich gezwungen, meine Untersuchungen der Anfänge des russischen Staates abzubrechen. Als Historiker hoffe ich nun, dadurch hundertfach entschädigt zu werden, daß ich Zeuge seines Endes werde." – „Es bedarf dann nur noch einer schweren Niederlage an der Front oder eines größeren Ausbruchs von Unzufriedenheit in der Hauptstadt, beispielsweise einiger bewaffneter Zusammenstöße, um das Regime zu Fall zu bringen." Das soll, der Meinung dieses Mannes zufolge, durch einen Krieg der Sowjetunion mit der Volksrepublik China erfolgen. Indem dieser Mann, namens Andrej Amalrik, solche Meinungen vertritt, verstößt er nicht allein gegen die Gesetze der Sowjetunion, sondern gegen grundlegende Prinzipien der Grund- und Menschenrechte. Hätte Amalrik die gleichen Zeilen in und über die BRD geschrieben, so hätte er auch gegen das Grundgesetz verstoßen und das Recht der freien Meinungsäußerung verwirkt.
Es ist deshalb zurückzuweisen, wenn große westdeutsche Zeitungen sich über die Anwendung sowjetischer Gesetze gegen Amalrik und andere aufregen. Sie wollen damit nur davon ablenken, daß es in unserem eigenen Land genug Leute gibt, die sich an unserer Verfassung vergreifen, **ohne** dafür bestraft zu werden. Jeder Unternehmer, der Frauen weniger Lohn für gleiche Arbeit bezahlt als Männern, verletzt Artikel 3 des Grundgesetzes.
Jede Lehrerin, die keine Kinder unterrichten darf, nur weil sie Mitglied der DKP ist, kann über den Bruch unseres Grundgesetzes berichten.
Es wäre gut, wenn die Artikelschreiber vor der eigenen Tür kehren würden und die wahren Verfassungsbrecher in der BRD ans Licht der Öffentlichkeit zerren würden, als sich über die rechtmäßige, nach internationalen Normen erfolgte Bestrafung von Rechtsbrechern in der UdSSR künstlich aufzuregen. A.A.

Nahost

Nicht erst seit dem 6-Tage-Krieg von 1967 verfolgt Israel eine chauvinistische Großmachtpolitik. Annektionen arabischen Gebietes stehen auf Israels Tagesordnung, seit dieser Staat existiert. Doch Israel ist heute isoliert wie nie zuvor. Die Vereinten Nationen weisen Israel in seine Grenzen zurück. Die österreichische Regierung schließt das Israel-Einwanderungslager Schönau. Selbst Frankreich, das noch 1956 mit England zusammen an der Seite Israels einen Krieg gegen Ägypten führte, hat die Waffenlieferungen eingestellt. Israel und das US-Kapital führen nun alleine einen blutigen Bombenkrieg gegen Syrien und Ägypten, einen Krieg, der unsägliches Leid seit 25 Jahren unter den beteiligten Völkern hervorruft. Friedensappelle der Vereinten Nationen werden mißachtet.
Eine Parallele drängt sich auf:
Israel fühlt sich als das „von Gott erwählte Volk" des US-Kapitals, Hitlerdeutschland stellte die Herrenrasse. Hitler mißachtete die Resolutionen des Völkerbundes, Israel die der Vereinten Nationen.
Viele Deutsche meinen heute, auf Grund der Verbrechen Hitlerdeutschlands am jüdischen Volk blind auf seiten Israels stehen zu müssen. Sie wollen damit gegen Rassismus, Chauvinismus und Imperialismus protestieren, die eigene Vergangenheit bewältigen. Aber: was für Hitlerdeutschland die Juden waren, sind für Israel die Araber. Viele Demokraten, die Juden vor dem NS-Staat geschützt haben, stehen heute auf seiten der Araber – gegen das israelische und das US-Kapital.
Egal ob es sich um Vietnam, Chile, Sinai, Mozambique oder sonst ein Land handelt, immer kommt es darauf an, das imperialistische Monopolkapital in seine Schranken zu weisen, damit alle Menschen in Frieden leben und arbeiten können.

DKP
Parteitag Hamburg 1973

DDR INFORMATIONEN TATSACHEN

Eine Delegation hessischer Kommunalpolitiker der DKP besuchte den Bezirk Erfurt. Stadtverordneter Erich Schaffner und der Vorsitzende der DKP-Mörfelden nahmen an der Reise teil. Hier der 3. Teil ihres Berichtes.

Verantwortlichkeit der Industrie für die Stadt oder Gemeinde

Die Verbundenheit der Betriebe zur Stadt oder Gemeinde, in der sie beheimatet sind, ist bemerkenswert und äußert sich in verschiedenen wechselseitigen Verantwortlichkeiten. So beteiligt sich das Pressenwerk Erfurt am Bau eines Erholungsparkes in Erfurt. Betriebe errichten Kindergärten, die auch von Kindern, deren Eltern nicht dem Betrieb angehören, besucht werden können. Ebenso sind die Gesundheitseinrichtungen nicht nur für Betriebsangehörige. So werden in der Kantine eines Betriebes die Kinder einer benachbarten Schule mit warmem Mittagessen versorgt. Uns wurde berichtet, von Zuschüssen eines Betriebes an kleinere Ortschaften in der Umgebung, zum Bau von Kindergärten, weil von dort Beschäftigte des Betriebes kommen. Für die Kultureinrichtungen der Stadt tragen die Betriebe ihr möglichstes bei. Dieses schafft Verbundenheit und Verständnis der Stadt für die Belange der Betriebe.
Wie anders sieht es bei uns aus. Nehmen wir die Stadt Rüsselsheim mit dem Opel-Betrieb. Die Stadt ist verschuldet, der Kreis Groß-Gerau hat Schulraumsorgen und der Opel-Betrieb transferiert jährlich Hunderte von Millionen Mark in die USA an Aktionäre, die den Betrieb höchstenfalls per Besichtigung kennen.

Kommunales auf dem Lande

In der näheren Umgebung von Erfurt waren wir Gäste einer Verbandsgemeinde. Hier haben sich fünf kleine Dörfer mit zusammen 1.300 Einwohnern zu einer Verbandsgemeinde zusammengeschlossen, um die verschiedensten Fragen gesundheitspolitischer, gesellschaftlicher, kultureller oder wirtschaftlicher Art besser lösen zu können. Ein Verbandsparlament, dem die fünf Dörfer paritätisch angehören, kann nur einstimmige Beschlüsse fassen. Auch bestehen in jedem Dorf vor wie nach ein Gemeindeparlament. Jede Gemeinde hat auch ihren eigenen Haushalt, der jedoch mit dem Verbandsparlament abgestimmt wird. So werden Einrichtungen wie Schwimmbad, Bäder-, Massage- und Bestrahlungszentren, Gemeinschaftsküche, Schulwesen und Wasserwirtschaft gemeinsam betrieben. Diese Einrichtungen wären für eine einzelne Gemeinde entweder gar nicht oder nur unvollkommen und relativ teuer erschwinglich. Mit der Zeit können also anhand der geschaffenen Sozialeinrichtungen die Menschen sich an die größere Gemeinschaft gewöhnen. Die Fusion, nach des Bürgermeisters Worten Zukunftsmusik, wird dann problemloser vollzogen werden können. Interessant ist noch zu erwähnen, daß 25 Prozent der Bevölkerung dieser Verbandsgemeinde in gesellschaftlichen Organisationen tätig sind. Die Entscheidungen werden also in der Breite diskutiert und beschlossen.

Was ist sozialer Städtebau?

Beim Stadtarchitekten von Erfurt waren wir zu Gast, der uns einen ganzen Vormitag lang vor den verschiedenen Modellplänen die historische und zukünftige Entwicklung der Stadt erklärte. Die altehrwürdige Stadt Erfurt hat, was die Sanierung angeht, ihre spezifischen Probleme, die aber hier nicht zu Wort kommen sollen. Für die Zukunft plant man und teilweise realisiert man schon, eine moderne Stadt in bezug auf Verkehrsführung und Wohngebietskomplexe, immer darauf bedacht, daß der eigene Charakter der Stadt erhalten bleibt. Nun zu der Frage was ist sozialistischer Städtebau? Äußerlich sehen die Häuser im Sozialismus wie im Kapitalismus wohl gleich aus, und auch im Innern kann man das Gesellschaftssystem nicht feststellen. Gehen wir aber davon aus, daß im Sozialismus der Mensch im Mittelpunkt des Lebens steht und nicht der Profit die Maxime des Denkens ist, so sehen in der Tat die Wohngebiete anders aus. Zwar ist in der DDR noch zwei Drittel des Grund und Bodens in privater Hand, doch gibt es keine Bodenspekulation und damit keine Überteuerung der Grundstückspreise. Das macht es möglich, daß die Stadt großzügiger damit umgehen kann. Genügend Raum zwischen den Wohnhäusern ist also vorhanden. Kommunaleinrichtungen wie Spielplätze, Kindergärten, Sportanlagen, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Gastronomie, Kultureinrichtungen sind vorhanden. Sie werden schon im Plan konzipiert und mit den anderen Bauten gleichzeitig errichtet. Das gesellschaftliche Leben ist dadurch in diesen Wohngebieten lebendig. Die Arbeitsplätze sollen möglichst nah bei den Wohnstätten liegen, um Verkehrswege zu verkürzen oder ganz auszuschalten. Die Zersiedlung von Gelände durch Ein- und Zweifamilienhäusern und damit die Verteuerung des gesellschaftlichen Aufwandes (Straßenbau, Kanalisierung etc.) trifft man nicht an. Auch in der Innenstadt werden Wohnhäuser gebaut. Dadurch ist die Stadt auch nach Büro- oder Geschäftsschluß nicht ausgestorben, was bei uns in steigendem Maße der Fall ist.

Diskussion im Pressenwerk Erfurt (R. Dötsch, 1. v. r.)

Beim Stadtarchitekten von Erfurt. Das neue Erfurt entsteht.

Ein Kommunist?

„Es ist nicht alles Gold was glänzt", sagt ein Sprichwort – und es ist nicht alles rot was demonstriert. Laßt uns darüber ein paar Worte sagen.
Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ist eine Arbeiterpartei. In der DKP sind Opel- und Chemiearbeiter, Maurer und Drukker, Weißbinder und Lkw-Fahrer. Leute wie Sie, die Tag für Tag einem Beruf nachgehen. Auch unsere Vorstandsmitglieder sind fast ausschließlich Arbeiter: Unser Bundesvorsitzender Kurt Bachmann ist Lederarbeiter, unser Vorsitzender hier in Mörfelden, Rudolf Dötsch, ist Maschinensetzer. Was die DKP vertritt, sind Dinge, die jeden Arbeiter angehen. Wir haben unsere Meinung zu Lohnfragen genauso wie zu Mietwucher. Wir treten gegen Versuche auf, Arbeiter zu benachteiligen, ihnen Mitbestimmung zu verwehren und ihren Kindern eine bessere Bildung zu verweigern.

Wir treten gegen Preistreiberei und Inflation auf. Und Tag für Tag kämpfen wir um Verbesserungen und Erleichterungen für die Arbeiter an den Bändern der Großbetriebe, in den Bergwerken und an den Hochöfen des Ruhrgebiets. Das alles kann man nachprüfen.
Allerdings gibt es auch gewisse Gruppen von fehlgeleitete, meist jungen Menschen (oft aus „gutem Hause"), die durch ihr Verhalten unsere Weltanschauung in den Schmutz ziehen. Randalieren, Scheiben einschmeißen und Schlägereien liegen einem echten Kommunisten fern. Wir DKP-Mitglieder sind stolz, Kommunisten zu sein, wir brauchen uns vor niemandem zu verstecken und wir verteidigen unsere Meinung mit Argumenten, nicht mit Radau und Kraftakten. Wenn einige Wirrköpfe „Kommunismus" auf ihre Fahnen schreiben und dazu noch den Namen „KPD" mißbrauchen, dafür könne wir allerdings nichts; diese Leute stehen uns und der Arbeiterschaft vollkommen fern.
Das, glauben wir, mußte einmal gesagt werden.

Das soll nicht heißen, das die DKP nicht für ihre Meinung oder um Mißstände anzuprangern, auf die Straße geht. Wir machen, wenn dies nötig ist, von unserem Demonstrationsrecht Gebrauch. Aber das geschieht ordentlich und diszipliniert, ohne Ausschreitungen und Demolierungen. Das können Sie leicht kontrollieren: Wenn wir demonstrieren, dann am Wochenende oder unter der Woche abends. Zu anderen Zeiten geht das nämlich gar nicht: Da sind wir auf der Arbeit.

Das sind die DKP-Stadtverordneten →

Rufen Sie an oder schreiben Sie mal, wenn Sie ein Problem haben

Heinz Hechler
6082 Mörfelden, Ellenbogenstraße 8
Telefon 33 35

Brigitte Küchler
6082 Mörfelden, Feldstraße 25

Erich Schaffner
6082 Mörfelden, Hochstraße 6
Telefon 23 07

Artur Siegel
6082 Mörfelden, Kalbsgasse 9

Allende-Straße

Auf einer Mitgliederversammlung der DKP-Mörfelden wurde die DKP-Fraktion im Stadtparlament beauftragt, eine Straßenbenennung nach dem ermordeten chilenischen Präsidenten Salvador Allende zu beantragen.

Alle Anwesenden waren erschüttert über die Greueltaten der rechten Generäle gegen eine frei und demokratisch gewählte Regierung, gegen das Volk von Chile. Die Militärjunta verfolgt die Gewerkschaften und Arbeiterparteien und ihre vom Volke gewählten Vertreter und ermordet Tausende Chilenen. Wie 1933 in Deutschland brennen die Gewerkschaftshäuser, gehen die Faschisten mit Granaten und Panzern gegen die Arbeiter vor. Die , Putschisten, verbunden mit dem CIA, erfüllen den Auftrag der internationalen Monopole, die für ihren Profit zu Mord und Terror greifen. Der Terror der chilenischen Putschisten findet in unserem Land bei der CDU/CSU, bei den Kräften Beifall, die demokratische Streikaktionen der Arbeiter als wild und gesetzwidrig verleumden, die demokratische Rechte und Freiheiten in unserem Lande mit Berufsverboten bedrohen.

Zu deutlich sind die Parallelen, die die Ereignisse in Chile mit unserer eigenen Geschichte verbinden. Bücherverbrennungen, Verbot aller Parteien, Terror faschistischer Banden – all das gab es auch in Deutschland 1933 und danach. Viele Bürger der BRD – Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen und Liberale – haben schon gegen den Putsch der rechten Generäle protestiert. Mit einer Straßenbenennung nach Salvador Allende wollen wir den Mann ehren, der als Symbol für den friedlichen Weg zu einer besseren Gesellschaftsordnung galt.

Spendet auf das Konto: Prof. Erich Wulff, Postscheckamt Ffm., Konto-Nr. 52 70 55 – 602, Kennwort: „Chile-Solidarität"

Eigendruck Verantwortlich: Rudi Hechler, Mörfelden, Hochstraße 22